

Protokoll



Wirtschaftsparlament

Präsidialmanagement

Organisation

Wirtschaftskammer Niederösterreich

Wirtschaftskammer-Platz 1 | 3100 St. Pölten

T 02742/851-13102

E organisation@wknoe.at

W <http://wko.at/noe>

Vom:	Beginn:	Ende:	Unser Zeichen	Datum
27.5.2026	16:00 Uhr	18:50 Uhr	Org.14-1/2026/Mag.Ba/MM	29.07.2026

Ort: Julius Raab-Saal, Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer NÖ
3100 St. Pölten, Mariazeller Straße 97

Vorsitz: Präsident KommR Wolfgang Ecker

anwesend: Präsidium:
Vizepräsident KommR LAbg. Mag. Kurt Hackl
Vizepräsident KommR Thomas Salzer
Vizepräsident KommR Dr. Christian Moser
Vizepräsident Finanzreferent KommR Mag. Erich Moser
Vizepräsident KommR Thomas Schaden

Spartenvertreter Gewerbe und Handwerk:
KommR Mst. Andreas Anibas
SO Jochen Flicker
Christoph Hofbauer
SO-Stv. Bmstr. Ing. Robert Jägersberger
Mst. Oskar Kammerzelt
MMst. Jürgen Kreibich
SO-Stv. Birgit Streibel-Lobner
SO-Stv. KommR Alfred Strohmayer, MSc, MBA
Mst. Matthias Sumetsberger
SO-Stv. KommR Bmstr. Ing. Irene Wedl-Kogler

Spartenvertreter Industrie:
DI Jürgen Artner
Ing. Steven Blaha, BSc
Mag. Reinhard Griebler
Florian Hengl
SO-Stv. KommR DI Sigurd Hofer
SO-Stv. Mag. DI Marion Medlitsch
Mag. Stefan Szyszkowitz, MBA
Mag. Robert Tencl

Spartenvertreter Handel:
KommR Andreas Auer, MBA
KommR Oliver Eisenhöld
Mag. Julius Kiennast
SO KommR Franz Kirnbauer
SO-Stv. KommR Martina Klengl
SO-Stv. Reinhard Langthaler

Gregor Milosavljevic
 Mag. Michael Nendwich
 Ing. Johannes Schachenhuber
 Stefan Seif
 SO-Stv. KommR Ing. Mag. Susanne Übellacker
 DI Wilfried Weinwurm

Spartenvertreter Bank und Versicherung:

SO KommR Mag. Reinhard KARL
 SO-Stv. KommR Mag. Dr. Rainer Kuhnle
 SO-Stv. KommR Dr. Peter Prober
 KommR DI Wolfgang Viehauser

Spartenvertreter Transport und Verkehr:

SO KommR Beate Färber-Venz, MSc
 Mag. Markus Fischer, BA
 SO-Stv. KommR Ing. Christian Freitag
 SO-Stv. Mag. Barbara Komarek
 SO-Stv. KommR Ing. Richard Mader
 KommR Ing. Helmut Marchhart
 Hubert Pelikan

Spartenvertreter Tourismus und Freizeitwirtschaft:

So-Stv. Karl Huber
 SO KommR Senator h.c. Mario Pulker
 KommR Senator h.c. Manfred Rieger
 Karin Rosenberger
 KommR Doris Schreiber
 SO-Stv. KommR Gert Zaunbauer

Spartenvertreter Information und Consulting:

SO KommR Ingeborg Dockner
 Andreas Kirnberger
 KommR Albert Kisling, MSc
 SO-Stv. August Lechner
 SO-Stv. Mag. (FH) Mathias Past, CMC
 Ing. Michael Sommer
 Martin Trettler, MFP

Weitere Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes gem. § 104 WKG

Mst. Thomas Fessel
 Oliver Fritz
 LAbg. Peter Gerstner
 KommR Mst. Mauritz Großinger
 Monika Hobek, BA
 SO-Stv. Jürgen Margetich
 DI Armin RAINER
 KommR Ing. Alexander Smuk

Ehrengäste/Ehrenmitglieder:

Vizepräsident aD KommR Dieter Lutz

Kammerdirektion:

Direktor Mag. Johannes Schedlbauer, MAS
 Direktor-Stv. Mag. Alexandra Höfer
 Direktor-Stv. Maria Gindl, MBA
 die Bereichs-, Abteilungsleiter und Spartengeschäftsführer

die Bezirks- und Außenstellenobmänner
der Wirtschaftskammer Niederösterreich

entschuldigt /
nicht anwesend:

Präsidium:
Vizepräsidentin KommR Monika Eisenhuber

Spartenvertreter Gewerbe und Handwerk:

KommR Ing. Mag. Markus Brunnthaler
KommR MMSt. Ing. Andreas Kandioler
Ing. Friedrich Manschein, MSc
Robert Pozdena
KommR Mst. Harald Schinnerl

Spartenvertreter Industrie:

Dr. Barbara Ascher
DI Gerald Hintermüller
DI (FH) Martin Kohlmaier
SO-Stv. KommR Hon.Kons. Veit Schmid-Schmidsfelden
SO KommR DI Helmut Schwarzl
Mag. Hansjörg Tutner

Spartenvertreter Handel:

Mag. Helga Huber
SO-Stv. KommR Christof Kastner
KommR Barbara Kremser

Spartenvertreter Bank und Versicherung:

KommR Mag. Stefan Jauk
KommR Mag. Andreas Korda
SO-Stv. KommR Johannes Raul

Spartenvertreter Transport und Verkehr:

Günther Berger
SO-Stv. KommR Rudolf Bsteh
Christian Oberger
KommR Michael Reichl

Spartenvertreter Tourismus und Freizeitwirtschaft:

KommR Mag. Karin Weissenböck

Spartenvertreter Information und Consulting:

KommR Irene Alexowsky
DI Mag. Dr. Thomas Kasper
SO-Stv. Johannes Wild, MSc, MRICS

Weitere Mitglieder des Wirtschaftsparlamentes gem. § 104 WKG

Mag. Claudia Haider-Kasztler
SO-Stv. KommR Michael Holzer
Kalkan Uğur
MMMSt. Gerald Kisser
KommR Christian Prauchner
KommR Ing. Wolfgang Schirak
KommR Otmar Schwarzenbohrer
KommR Wolfgang Stix

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung - Präsident Wolfgang Ecker
2. Klubobmann Kurt Hackl in Vertretung von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner
3. Geschäftsbericht der Kammerleitung
4. Bericht des Präsidenten
5. Anträge an das Wirtschaftsparlament:
 - 5.1 Stärkung des Wirtschaftsstandorts**
Vizepräsident KommR Dr. Christian Moser
 - 5.2 Betriebe von Bürokratie befreien - Konkrete Entbürokratisierungsmaßnahmen umsetzen**
Vizepräsident KommR Mag. Erich Moser
 - 5.3 Wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung**
Vizepräsidentin KommR Monika Eisenhuber
 - 5.4 Wettbewerbsfähigkeit und Sozialpartnerschaft nicht durch Bürokratie ausbremsen!**
Vizepräsident KommR Thomas Salzer und KommR DI Helmut Schwarzl
 - 5.5 (Nieder-)Österreich - Energie- und Zukunftsreich**
Vizepräsident KommR Thomas Salzer, KommR DI Helmut Schwarzl, KommR Hon. Kons. Veit Schmid-Schmidfelden
 - 5.6 Gesamtwirtschaft entlasten, Kreditvergabe sichern, Investitionen ermöglichen: Antrag auf Abschaffung des undifferenzierten Systemrisikopuffers für Gewerbeimmobilien**
KommR Mag. Reinhard KARL
 - 5.7 Entgelttransparenzrichtlinie: Unnötige Bürokratie verhindern, Unternehmen entlasten und Interessen wirksam vertreten**
DI Armin RAINER und Jürgen Margetich
 - 5.8 Keine Wertanpassung seit 2001: Auslandsreisekostensätze erhöhen**
DI Armin RAINER und Jürgen Margetich
 - 5.9 Vorausschauend handeln und neue Lohn-Preis-Spirale vermeiden**
DI Armin RAINER und Jürgen Margetich
 - 5.10 Bürokratie radikal abbauen - Betriebe entfesseln, Standort stärken, Leistung ermöglichen**
Reinhard Langthaler, Ing. Michael Sommer, Mst. Oskar Kammerzelt
 - 5.11 Energiepreise drastisch senken - Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern!**
Reinhard Langthaler, Hubert Pelikan, Mst. Oskar Kammerzelt
 - 5.12 Bauen wieder leistbar machen - Verfahren beschleunigen, Auflagen reduzieren, Investitionen ermöglichen**
Reinhard Langthaler, Gregor Milosavljevic

5.13 5-Punkte-Plan zur wirtschaftlichen Stärkung, rechtlichen Absicherung und Entlastung von Unternehmerinnen in Niederösterreich

August Lechner, Mag. Claudia Haider-Kasztler, Monika Hobek, BA

5.14 Maßnahmenpaket zur Stärkung der sozialen Absicherung und Liquidität von Unternehmer:innen in Niederösterreich

August Lechner, Mag. Claudia Haider-Kasztler, Monika Hobek, BA

5.15 Digitale Souveränität stärken - Zugang zu digitalen Werkzeugen für EPU und KMU verbessern

August Lechner, Mag. Claudia Haider-Kasztler, Monika Hobek, BA

5.16 Faire Bedingungen für KMU bei öffentlichen Auftragsvergaben

Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Alfred Strohmayer, MSc, MBA

5.17 Einfacher Zugang für Unternehmer:innen zur Unterstützungsleistung bei Krankheit

Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Senator h.c. Manfred Rieger

5.18 Stundungs- statt Insolvenzantrag: Standardisierter Modus für die Rückzahlung von Beitragsrückständen bei Sozialversicherungsanstalten (ÖGK, SVS)

Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Martina Klengl

6. Wahl der fachkundigen Laienrichter nach dem Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (ASGG) für die Funktionsperiode 2027 - 2031

7. Bericht über Gebarungsprüfung

8. Allfälliges

1. Eröffnung und Begrüßung

Präsident KommR Wolfgang Ecker

Präsident KommR Wolfgang Ecker eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit gem. § 61 WKG fest.

2. Klubobmann Kurt Hackl in Vertretung von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

Herr Klubobmann Kurt Hackl berichtet wie folgt:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder des Wirtschaftsparlaments!

Als im Jahr 1945 unsere Republik neu gegründet und unser Staat wieder aufgebaut wurde, ist nicht nur die politische Ordnung neu geschaffen worden.

Es ging damals um mehr. Es ging um Vertrauen, Stabilität und eine gemeinsame wirtschaftliche Zukunft.

Deshalb wurde bereits kurz darauf ein Modell auf den Weg gebracht, das Österreich bis heute prägt - die Sozialpartnerschaft.

Arbeitnehmervertreter und Wirtschaftsvertreter haben sich gemeinsam an einen Tisch gesetzt. Und sicher nicht, weil immer alle einer Meinung waren. Sondern, weil allen klar war, dass dieses Land nur dann erfolgreich aufgebaut werden kann, wenn Interessengegensätze nicht gegeneinander ausgespielt, sondern gemeinsam gelöst werden.

Bis 1951 wurden die ersten fünf Lohn-Preis-Abkommen geschlossen.

Ein wichtiger Grundstein für jene Kultur des Ausgleichs, die Österreich bis heute auszeichnet.

Wir können jetzt auf 80 Jahre der Zusammenarbeit zurückblicken. Die nicht immer einfach waren und in denen sehr oft auch hart verhandelt wurde.

Aber auch Jahrzehnte, in denen eines immer im Vordergrund stand:

- Verantwortung für das große Ganze.
- Verantwortung für diese Republik.

Denn diese Zusammenarbeit sichert sozialen Frieden, schafft Stabilität und Verlässlichkeit.

Sozialpartner sind unersetzbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Aufgaben der Sozialpartnerschaft sind so vielfältig, dass meine Redezeit nicht ausreicht, um sie alle anzuführen.

Aber gerade, wenn es im wahrsten Sinne des Wortes ans Eingemachte geht - bei den Kollektivvertragsverhandlungen - zeigt sich die Qualität dieses gelebten Miteinanders.

Auch wenn die Standpunkte noch so unterschiedlich waren und sind, wenn die Emotionen hochgehen, die Verhandlungen sich ziehen oder auch abgebrochen werden und dann doch wieder aufgenommen werden. Schlussendlich wurde in den letzten 80 Jahren fast immer eine Lösung gefunden.

Die Sozialpartnerschaft ist ein weltweit einzigartiges Bündnis zur Sicherung des sozialen Friedens. Denn man muss sich nur vorstellen, wie es wohl wäre, wenn Kollektivverträge alleine von der Politik entschieden würden. Dann würde jede Entscheidung vom politischen Willen der jeweils Regierenden abhängen.

Dann würde jede Kollektivvertragsverhandlung ein Spielball einer Regierungskoordination, und damit die Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer vielleicht sogar zweitrangig.

Dann stünde Parteipolitik vor Interessenausgleich!

Die Sozialpartnerschaft ist damit nicht nur ein historisches Erfolgsmodell.

Sie ist in Wirklichkeit ein Standortvorteil.

Gerade in bewegten Zeiten schafft sie Stabilität und Berechenbarkeit abseits von tagespolitischen Interessen.

Aber die Wirtschaftskammer ist nicht nur Sozialpartner. Sie ist der starke Partner für das Land Niederösterreich in Wirtschaftsfragen und nimmt damit eine besonders wichtige Rolle ein.

Denn eines ist klar. Wirtschaftsaufschwung entsteht in den Betrieben. Durch Menschen, die anpacken. Durch Unternehmerinnen und Unternehmer, die Risiko tragen.

Dazu braucht es eine Politik, die Rahmenbedingungen schafft, die Leistung ermöglicht statt verhindert.

Deshalb ist der enge Austausch zwischen Land NÖ und Wirtschaftskammer so wichtig, denn sie stellt praxisnahe sicher.

In Niederösterreich funktioniert dieser Austausch.

Erst zuletzt waren Arbeiterkammer NÖ, Wirtschaftskammer NÖ, Industriellenvereinigung und AMS Niederösterreich bei der Klausur der Landesregierung eingebunden.

Solche Gespräche sind wertvoll. Denn nur wenn Politik und Interessenvertretungen miteinander reden, entstehen Lösungen, die in der Praxis auch funktionieren.

Und deshalb ist es auch kein Zufall, dass die neue Wirtschaftsstrategie des Landes Niederösterreich in enger Abstimmung mit der Wirtschaftskammer Niederösterreich erarbeitet wurde.

Diese Strategie steht unter dem klaren Leitmotiv:

- Wirtschaft stärken. Zukunft sichern.

Die Strategie setzt dabei klare Schwerpunkte:

1. Die Wettbewerbsfähigkeit stärken,
2. das wirtschaftliche Fundament sichern
3. und Innovation sowie Forschung ausbauen.

Das ist genau das, was unsere Betriebe jetzt brauchen.

Denn die Herausforderungen sind groß:

- hohe Kosten,
- zu viel Bürokratie,
- Fachkräftemangel,
- internationale Unsicherheit
- und technologische Veränderungen.

Darum braucht es Unterstützung bei der digitalen Transformation. Es braucht schnellere Verfahren und weniger Bürokratie. Es braucht Unterstützung bei Betriebsnachfolge und Gründungen. Und es braucht eine klare Verbindung von Wirtschaft, Forschung und Ausbildung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eines sei jedoch auch betont. Ein Strategiepapier allein schafft noch keinen Aufschwung. Entscheidend ist die Umsetzung. Entscheidend ist, dass aus Zielen auch Maßnahmen werden. Dass aus Maßnahmen Wirkung entsteht. Und dass diese Wirkung bei unseren Betrieben ankommt.

Daran arbeitet nun die NÖ Landesregierung in enger Abstimmung mit der Wirtschaftskammer Niederösterreich.

Denn eines ist klar. Wer Niederösterreich stärken will, muss die Wirtschaft stärken.

Und wer Zukunft sichern will, muss Unternehmertum ermöglichen.

Ich danke Dir Herr Präsident!

Und Ihnen allen, dass Sie bereit sind Ihre Expertise und Ihre Zeit einbringen, um gemeinsam daran zu arbeiten, unsere NÖ Wirtschaft ein Stück besser zu machen.

3. Geschäftsbericht der Kammerleitung

Herr Direktor Mag. Johannes Schedlbauer, MAS berichtet wie folgt:

Sehr geehrter Mitglieder des Präsidiums,
sehr geehrte Delegierte,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Note 1,1. Das ist nicht die Note für die aktuelle Bundesregierung. Leider.

Das ist die durchschnittliche Note für die Dienstleistungsqualität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Seit Einführung unseres Feedbackmanagements haben über 3.000 Unternehmen ihre Erfahrung mit unserem Service geteilt und uns bisher diese hervorragende Note gegeben.

Mein Dank gilt hier an dieser Stelle unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im tagtäglichen Kontakt mit unseren Unternehmen unser Serviceversprechen einlösen. Dankeschön.

Sie finden vor sich die Karte mit dem Zugang zu unserem Geschäftsbericht 2025.

Ein Jahr, das mit den einwandfrei abgewickelten Wirtschaftskammerwahlen begonnen hat. Und ein Jahr, das für uns als Organisation mit heftigen Turbulenzen geendet hat.

Entscheidend bleibt aber für uns, dass wir gestern, wie heute und morgen, der wesentliche Partner für die Unternehmerinnen und Unternehmer sind. In der Interessenvertretung, im Service und in der Bildung. Unsere Kernaufgabe bei all dem ist, das Unternehmertum zu stärken.

Sowohl im Service als auch in der Bildung haben wir hier eindrucksvolle Zahlen.

Knapp 240.000 persönliche Servicekontakte und fast 10.000 Gründungsberatungen wurden im letzten Jahr erbracht. Unsere TOP-Servicebereiche bleiben Wirtschafts- & Gewerbebereich, Arbeits- & Sozialrecht, Finanzierung & Förderung und Außenwirtschaft.

Das entspricht voll und ganz unserem Grundsatz aus dem Aufbruch-Prozess. Die Nähe zu den Mitgliedern zu stärken. Dieser Grundsatz wird uns auch in unseren weiteren Schritten leiten. Genau das ist unsere Stärke als Landeskammer.

Gleichzeitig bauen wir im Verbund der gesamten Wirtschaftskammerorganisation das digitale personalisierte Service aus. Wir bieten zu jedem x-beliebigen wirtschaftsrelevanten Thema ein umfassendes Online-Service an. Das werden wir noch stärker, noch personalisierter und vor allem KI-unterstützt ausbauen.

Auch im Bereich Bildung konnten wir uns im letzten Jahr wieder sehr gut behaupten.

Im WIFI dürfen wir uns über mehr als 55.000 Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer freuen. Wir haben fast 12.000 Lehrabschluss-, Meister und Befähigungsprüfungen organisiert. Nicht zu vergessen auf die hervorragenden Leistungen unserer Tourismusschule.

Hervorragend arbeitet unsere ARGE Schülerwohnhäuser mit einem sehr guten wirtschaftlichen Ergebnis.

Und die New Design University arbeitet nach einem Rückgang bei den Studienanfängern im letzten Jahr mit vollem Engagement am Turnaround.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinter allen Leistungen stehen engagierte Menschen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich voll und ganz mit der heimischen Wirtschaft identifizieren.

Und Funktionärinnen und Funktionäre, die mit ihren Unternehmen beispielgebend sind und gleichzeitig auch ein Ohr für ihre Unternehmenskolleginnen und -kollegen haben.

Dafür möchte ich mich im Namen meiner Stellvertreterinnen und ganz persönlich sehr bedanken. Diesen Dank richte ich auch besonders an unseren Präsidenten und an unser Präsidium. Für die offene und konstruktive Arbeit. Danke.

Präsident KommR Wolfgang Ecker bedankt sich bei Herrn Direktor für seinen Bericht und übergibt den Vorsitz an Vizepräsident LAbg. Mag. Kurt Hackl.

Vizepräsident LAbg. Mag. Kurt Hackl übernimmt den Vorsitz und bittet Präsident KommR Wolfgang Ecker um seinen Bericht.

4. Bericht des Präsidenten

Herr Präsident berichtet wie folgt:

Geschätzte Delegierte zum Wirtschaftsparlament!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn wir heute hier zusammenkommen, dann tun wir das in einer wirtschaftlich herausfordernden Zeit. Aber auch in einem besonderen Jahr für unsere Organisation.

Denn die Wirtschaftskammer Niederösterreich feiert heuer ihr 80-jähriges Bestehen. 80 Jahre Wirtschaftskammer Niederösterreich bedeuten:

- 80 Jahre Einsatz für Unternehmerinnen und Unternehmer.
- 80 Jahre Interessenvertretung.
- 80 Jahre Service, Bildung und wirtschaftspolitische Verantwortung.

Und wenn wir auf diese 80 Jahre zurückblicken, dann sehen wir vor allem eines. Unsere Wirtschaft war immer dann stark, wenn wir Unternehmerinnen und Unternehmer gestalten konnten. Mit Mut, mit Leistungsbereitschaft und mit verlässlichen Rahmenbedingungen.

Unsere Wirtschaft war auch immer dann stark, wenn wir Unternehmerinnen und Unternehmer geschlossen und gemeinsam zusammengehalten haben. Das geht nur mit der gesetzlichen Mitgliedschaft. Wenn sowohl Kleine als auch Große eine gemeinsame Stimme mit der Wirtschaftskammer als Unternehmervvertretung haben.

Die Solidarität durch die gesetzliche Mitgliedschaft ist heute notwendiger denn je.

Denn unsere Betriebe stehen massiv unter Druck. Die Konjunktur bleibt schwach. Die Arbeitskosten, die Energiepreise, die Bürokratie sind viel zu hoch bzw. viel zu viel. Die internationale Konkurrenz nimmt weiter zu.

Viele Unternehmerinnen und Unternehmer fragen sich mittlerweile nicht mehr, wie sie wachsen können, sondern wie lange sie diese Belastungen noch stemmen können.

Und genau deshalb brauchen wir eine echte wirtschaftspolitische Trendwende. Wir müssen den Standort stärken. Wir müssen Leistung wieder attraktiver machen. Und wir müssen den Betrieben wieder Luft zum Atmen geben.

Denn eines ist klar. Neue Steuern, neue Belastungen oder zusätzliche Hürden wären gerade jetzt Gift für unseren Standort.

Denn die Realität in vielen Betrieben schaut mittlerweile so aus. Immer mehr Zeit geht für Formulare, Dokumentationen, Nachweise und Meldepflichten drauf. Zeit, die dann für Kunden, Innovationen und Mitarbeiter fehlt.

Das merke ich bei jeden meiner rund 100 Betriebsbesuchen in Unternehmen aller Branchen, Größen und Regionen im Jahr. Das sind Unternehmerinnen und Unternehmer, die gestalten wollen. Wie wir alle.

Sie wollen gestalten und nicht verwalten. Und gerade jetzt hören wir wieder von überbordender Bürokratie bei der Entgelttransparenz. Neuer Paketsteuer oder einem rückwirkendem Sachbezug auf E-Autos. Wenn ein Bürokratiemonster getötet wird, ist das nächste noch größere schon wieder da! Das geht sich nicht mehr aus!

Die Bundesregierung darf nicht ständig neue kreative Wege suchen, um Unternehmen zusätzlich zur Kasse zu bitten. Unsere Betriebe brauchen endlich Entlastung und Planungssicherheit. Keine neuen Steuern durch die Hintertür und keine weiteren Bürokratiemonster. Wer Wachstum und Investitionen will, muss Leistung ermöglichen statt bestrafen.

Das von der Bundesregierung angekündigte erste Entbürokratisierungspaket ist dabei schon ein wichtiger Schritt, der nun umgehend bei den Betrieben ankommen muss. Dazu setzen wir uns gerade aktiv in Verhandlungen ein, denn es braucht:

- die rasche Umsetzung der angekündigten steuerlichen Vereinfachungen und keine rückwirkenden Belastungen wie z.B. einen Sachbezug für E-Autos
- die Abschaffung von Bagatellsteuern,
- praxistaugliche Regelungen im Arbeitnehmerinnenschutz,
- und eine wirtschaftsverträgliche Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie - ohne Gold Plating und ohne zusätzliche Belastungen für unsere Betriebe.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Standortpolitik bedeutet nicht nur Entlastung. Standortpolitik bedeutet, auch Zukunft zu ermöglichen.

Darum setzen wir uns als Wirtschaftskammer Niederösterreich auch klar für moderne Arbeitsmodelle in der dualen Ausbildung und damit für eine Stärkung der Lehre sowie für mehr Investitionen ein.

Zusätzlich brauchen wir schnellere Verfahren bei Umweltverträglichkeitsprüfungen und ein modernes Anlagenrecht. Wir brauchen Planungssicherheit für Betriebe.

Und wir müssen die Chancen der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz aktiv nutzen. Durch diese Maßnahmen und mit gut ausgebildeten Fachkräften können wir dem Mitarbeitermangel begegnen.

Gerade unsere kleinen und mittleren Unternehmen brauchen Unterstützung dabei, neue Technologien sinnvoll einzusetzen, damit sie wettbewerbsfähig bleiben. Gleichzeitig muss uns klar

sein, wie schwer es für visionäre Menschen ist, gerade in Europa solche Erfolgsgeschichten zu schreiben. Genau hier müssen wir ansetzen. Ermöglichen statt verhindern. Ermutigen statt vertreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte den Unternehmerinnen und Unternehmern auch in Zukunft in die Augen schauen können. Daher werde ich - werden wir - mehr als bisher das Sprachrohr für die Unternehmen sein.

Denn gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht es eine starke Interessenvertretung und einen verlässlichen Servicepartner für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer. Es braucht die Wirtschaftskammer Niederösterreich.

Damit wir auch weiterhin nah an den Bedürfnissen unserer Mitglieder sind, arbeiten wir derzeit intensiv an einem Transformationsprozess. Nicht nur österreichweit, sondern auch bei uns in der Wirtschaftskammer Niederösterreich.

Ein zentraler Punkt ist dabei das österreichweite Einsparungsziel von 100 Millionen Euro, vor allem durch eine Senkung der Kammerumlage 2. Als Wirtschaftskammer Niederösterreich gehen wir dabei mit gutem Beispiel voran.

Wir haben bereits seit 2024 die KU 2 jährlich reduziert. Dadurch wurden unsere Mitgliedsbetriebe gegenüber 2023 bereits um mehr als 12 Prozent entlastet. Und diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Nach derzeitigem Stand werden die niederösterreichischen Unternehmen ab 2030 bei der KU 2 im Vergleich zu 2023 um mehr als 25 Prozent entlastet. Das bedeutet jährlich rund 13 Millionen Euro für die heimischen Betriebe.

Das ist ein starkes Signal!

Wir sehen uns aber nicht nur unsere Finanzen an. Wir hinterfragen auch unsere Strukturen, unsere Aufgaben und unsere Prozesse. Wir analysieren sehr genau, wo wir mit unseren Leistungen und Angeboten besser werden müssen. Wir setzen konsequent auf Digitalisierung. Und wir richten uns noch stärker am tatsächlichen Bedarf der Betriebe aus.

Das Ziel ist klar. Wir werden noch schlagkräftiger, effizienter. Wir machen uns weiter fit für die Zukunft. Mit einem klaren Fokus auf den Nutzen für unsere Mitglieder.

Denn genau das verstehen wir unter Verantwortung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

80 Jahre Wirtschaftskammer Niederösterreich zeigen uns auch folgendes.

Wirtschaftlicher Erfolg entsteht nie durch Stillstand. Er entsteht durch Menschen, die anpacken.

Durch Unternehmerinnen und Unternehmer und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Durch Betriebe, die Lehrlinge ausbilden. Durch Menschen, die Verantwortung übernehmen.

Egal, ob im Handwerk, in der Industrie, als Unternehmensnachfolger, Start-up, Spin-Off oder EPU. Jeder der anpackt verdient Respekt, Unterstützung und Wertschätzung.

Gerade deshalb ist es wichtig, mit Optimismus in die Zukunft zu schauen!

Ja, die Herausforderungen sind groß. Aber wir in Niederösterreich haben immer wieder bewiesen, dass wir Krisen meistern können. Mit Fleiß. Mit Hausverstand. Und mit Zusammenhalt.

Einen Zusammenhalt, den wir als Wirtschaftskammer Niederösterreich tagtäglich leben. Gemeinsam mit unseren Partnern, dem Land Niederösterreich, den Sozialpartnern und vielen anderen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei all unseren Partnern für die gute Zusammenarbeit im Sinn der niederösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer bedanken und bin davon überzeugt, dass wir diesen Zusammenhalt auch in Zukunft leben werden!

Es ist genau dieser Zusammenhalt, der derzeit wieder besonders gefragt ist.

Denn am Ende geht es um mehr als um Zahlen oder Statistiken.

- Es geht um unsere Unternehmerinnen und Unternehmer.
- Es geht um regionale Wertschöpfung.
- Es geht um Unternehmergeist, Aufbruchstimmung, Zuversicht. Wir müssen weg vom Sudern - hin zum Wagen, Unternehmen.
- Und es geht um die Zukunft unseres Landes.

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird auch weiterhin mit voller Kraft dafür arbeiten, dass unsere Unternehmen wieder bessere Rahmenbedingungen bekommen.

Wir werden weiter eine starke Stimme für die Betriebe sein. Klar in der Sache. Verlässlich im Handeln. Und laut, wenn es um die Interessen unserer Unternehmerinnen und Unternehmer geht.

Denn eines ist sicher, ohne starke Wirtschaft gibt es keinen starken Standort. Ohne Unternehmerinnen und Unternehmer gibt es keinen Wohlstand. Und ohne Leistung gibt es keine Zukunft.

Vizepräsident LAbg. Mag. Kurt Hackl bedankt sich herzlich für den Bericht und übergibt wieder den Vorsitz an Präsident KommR Wolfgang Ecker.

Präsident KommR Wolfgang Ecker bedankt sich und übernimmt den Vorsitz.

5. Anträge an das Wirtschaftsparlament

Senkung der KU2

Präsident KommR Wolfgang Ecker - Dringlichkeitsantrag

Herr Präsident KommR Wolfgang Ecker:

„Bevor wir die allesamt bekannten Anträge an das Wirtschaftsparlament behandeln wollen, möchte ich noch einen Beschluss vorschlagen. Dies kann ich als Vorsitzender gemäß § 60 Abs.2 WKG auch ohne einen vorherigen Dringlichkeitsbeschluss tun.

Ein zentraler Punkt des aktuellen Reformprozesses der Wirtschaftskammer-Organisationen ist ein österreichweites Einsparungspotenzial von 100 Millionen Euro, vorrangig durch eine Senkung der Kammerumlage 2.

In Niederösterreich wurde bereits seit 2024 jährlich eine Reduktion der Kammerumlage 2 umgesetzt. Dadurch wurden die Kammerumlagen für Mitgliedsunternehmen in Niederösterreich gegenüber 2023 um mehr als 12 Prozent gesenkt. Im für die österreichweite Reform relevanten Referenzjahr 2025 beträgt der Hebesatz für Niederösterreich 0,22 Prozent.

Die Reduktion ist nun aufgrund der österreichweiten Entwicklung bis 2030 fortzuführen. Nach derzeitigem Stand werden die niederösterreichischen Unternehmen im Vergleich zu 2023 jährlich um rund 13 Millionen Euro entlastet werden.

Dies bedeutet für die niederösterreichischen Unternehmen ab 2030 eine Senkung der KU 2 um über 25 Prozent gegenüber dem Jahr 2023.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich bekennt sich zum österreichweiten Reformprozess. Die Kammerumlage 2 wird schrittweise so gesenkt, dass der Hebesatz im Jahr 2030 0,18 Prozent beträgt. Gleichzeitig sind für eine ausgeglichene Finanzgebarung entsprechende Strukturveränderungen vorzunehmen. Der konkrete Umsetzungspfad wird im Erweiterten Präsidium der WKNÖ festgelegt.“

Wortmeldung August Lechner: Die Grüne Wirtschaft stimmt dem Dringlichkeitsantrag zur Senkung der Kammerumlage 2 zu, weil spürbare Entlastung der Mitgliedsbetriebe richtig und notwendig ist.

Für uns ist aber ebenso klar: Diese Entlastung ist nur ein Teil eines größeren Reformprozesses, der die Kammerfinanzierung transparenter, gerechter und verträglicher für unsere Wirtschaft machen soll.

Die Senkung der Kammerumlage darf nicht durch einen Abbau jener Leistungen erkaufte werden, die gerade EPU, Gründer:innen und kleine Unternehmen besonders brauchen - etwa Rechtsberatung, Förderberatung, Gründungsunterstützung, Weiterbildungsangebote und Unterstützung bei Nachhaltigkeit und Digitalisierung.

Strukturveränderungen müssen transparent, demokratisch nachvollziehbar und an klaren Kriterien orientiert erfolgen. Gespart werden soll dort, wo Doppelgleisigkeiten, unnötige Bürokratie und überholte Strukturen bestehen. Die konkreten Unterstützungsleistungen für Mitglieder müssen erhalten und weiterentwickelt werden.

Es entsteht eine Diskussion zur Länge der Anträge und dazu, dass im eigentlichen Beschlussvorschlag nicht immer alle Kernelemente des Begründungsteils enthalten sind. Baumann stellt dazu klar, dass die Vorlageanträge rechtlich als Gesamtpaket zu verstehen sind, der Beschlusstext interpretiert sich über die Begründung. Baumann informiert weiters, dass das Wirtschaftsparlament auf Tonband aufgezeichnet wird und dass Anmerkungen, wie etwas jene von Herrn Lechner rechtlich noch nicht den Vorlageantrag abändern, sondern einfach Meinungsbekundungen des jeweiligen Delegierten sind und auch nur dann ins Protokoll aufgenommen werden können, wenn sie in der Sitzung vorgebracht werden.

Thomas Schaden regt an, wieder auf mehrere Einzelanträge zurückzukehren, und nicht in wenige Anträge so viele Einzelpunkte aufzunehmen, was von den Fraktionen trotz Abmachungen unterschiedlich gehandhabt worden wäre und das Abstimmungsverhalten erschweren würde.

Armin RAINER unterstützt diese Aussage.

Präsident Wolfgang Ecker sagt zu, diese Art der Vorlageanträge für das kommende Wirtschaftsparlament gemeinsam überdenken zu wollen.

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig angenommen.

Herr Präsident KommR Wolfgang Ecker:

„Nun kommen wir zu den weiteren Anträgen an das Wirtschaftsparlament. Alle fristgerecht eingelangten Antragstexte wurden im Vorhinein zur Kenntnis gebracht. Zwischenzeitlich eingelangte Abänderungsanträge standen und stehen auf der Community zum Download bereit.“

Sämtliche Anträge werden an die Wand projiziert.

Für die Vorträge der Antragstexte wird ein Handmikrofon an den Platz gebracht. Wir bitten um ein Handzeichen.

Wenn eine Wortmeldung gewünscht wird, bitten wir ebenfalls um ein Handzeichen.

Gibt es vorweg dazu eine Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall“

5.1 Abänderungsantrag

Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Vizepräsident KommR Dr. Christian Moser

Der Antragsteller selbst bringt einen Abänderungsantrag ein. Es wird folgender neuer Punkt 2 „Keine zusätzlichen Belastungen des Faktors Arbeit“ in der Antragsbegründung eingefügt:

In den laufenden Budgetverhandlungen werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, die den Faktor Arbeit wieder zusätzlich belasten. Eine dieser Maßnahmen, die bereits medial verbreitet wird, soll die Wiedereinführung einer Auflösungsabgabe sein, die Dienstgeber etwa bei DG-Kündigungen aber auch einvernehmlichen Auflösungen zu entrichten hätten. Diese Abgabe wird unter dem Schlagwort „Zwischenparken beim AMS verhindern“ derzeit diskutiert. Eine solche Abgabe gab es bereits, sie wurde bis 2020 aus guten Gründen abgeschafft. Eine Auflösungsabgabe würde wieder sämtliche Unternehmen betreffen, die aus welchen Gründen immer einen Dienstnehmer wiedereinstellen. Typischer Weise kommen solche Wiedereinstellungen in bestimmten Branchen gehäuft vor, aber auch für diese gibt es gute Gründe, die gegen die Einführung einer Auflösungsabgabe sprechen:

- *In den typischen Saisonbranchen wie Bau oder Tourismus ist eine durchgehende Beschäftigung oft nicht möglich (Seilbahn im Schigebiet, Freibad). Hohe Kosten (Lohnerhöhungen, Energiekosten) belasten diese Branchen bereits jetzt, eine weitere finanzielle Belastung wäre insbesondere derzeit falsch.*
- *Die Arbeitslosenversicherung hat die Funktion, Personen, die aus unterschiedlichen Gründen ihren Job verlieren, finanziell abzusichern, sie ist aber kein Instrument zur Bestrafung von Betrieben, die Mitarbeiter freisetzen.*
- *Eine gewisse Flexibilität, um auf saisonale Schwankungen reagieren zu können, ist nötig und wird auch durch den öffentlichen Sektor, etwa in Museen, Schulen und Kindergärten, genutzt.*
- *Unternehmen trennen sich nicht leichtfertig von Beschäftigten (Risiko, dass diese trotz Wiedereinstellungszusage nicht wieder zurückkehren, Know-how-Verlust). Aufgrund des Fachkräftemangels, wegen kürzerer Winter und anderer Faktoren ist das Zwischenparken langfristig rückläufig. Der Anteil des „Zwischenparkens“ an der Gesamtarbeitslosigkeit hat sich seit 1990 von 28% auf inzwischen (2023) 14% halbiert.*
- *Die 2013 eingeführte Auflösungsabgabe von 110 Euro brachte Einnahmen von rund 60 Mio Euro/Jahr und wurde 2020 zu Recht wieder abgeschafft, da sie keine Wirkung, aber unnötigen bürokratischen Aufwand bei den Unternehmen verursachte.*

Wir sprechen uns daher ausdrücklich gegen diese sowie jede andere Maßnahme aus, die den Faktor Arbeit belastet und den positiven Effekt einer Reduktion der Lohnnebenkosten - wie etwa durch die Senkung des Beitrags zum FLAF - wieder mindert.

Alle weiteren ursprünglichen Begründungspunkte bleiben unverändert. Es wird daher über den abgeänderten Antrag abgestimmt:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich setzt sich dafür ein, dass Maßnahmen getroffen werden, um österreichische Unternehmen wieder wettbewerbsfähig und den Standort attraktiv zu machen.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der abgeänderte Antrag 5.1 wird einstimmig angenommen.

5.2 Betriebe von Bürokratie befreien - Konkrete Entbürokratisierungsmaßnahmen umsetzen

Vizepräsident KommR Mag. Erich Moser

Vizepräsident KommR Mag. Erich Moser stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich setzt sich dafür ein, dass konkrete Entbürokratisierungsmaßnahmen umgesetzt werden, um österreichische Unternehmen zu entlasten und von den hohen Bürokratieaufwendungen und -kosten zu befreien.“

Gute Regeln müssen einfacher, verständlicher und digitaler werden. Sie dürfen dadurch aber nicht schwächer werden.

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.2 wird einstimmig angenommen.

5.3 Wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung

Vizepräsidentin KommR Monika Eisenhuber

SO KommR Beate Färber-Venz, MSc stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert an die Wirtschaftskammer Österreich und an die politischen Vertreter des Landes Niederösterreich mit dem Ersuchen heranzutreten, sich dafür einzusetzen, dass die in der Begründung beschriebenen Forderungen zur Einführung eines Gewerbedieselpreises bzw. zur Versorgungssicherheit und Preisdämpfung rasch umgesetzt werden.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.3 wird mehrheitlich angenommen.

5.4 Wettbewerbsfähigkeit und Sozialpartnerschaft nicht durch Bürokratie ausbremsen!

Vizepräsident KommR Thomas Salzer und KommR DI Helmut Schwarzl

Florian Hengl stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert an die Wirtschaftskammer Österreich und an die politischen Vertreter sowie die Sozialpartner mit dem Ersuchen heranzutreten, mit aller Energie neue horizontale EU-Vorgaben durch weitere uneinheitliche Regelungen und die Überlagerung von Vorschriften zu verhindern und darauf hinzuwirken, bestehende EU-Instrumente vorrangig zu nutzen und Belastungen zu minimieren, anstatt weiter auszubauen. Die Wirtschaftskammerorganisation soll sich intensiv in die Ausgestaltung des für Ende 2026 angekündigte EU-Quality Job Act einbringen und eine weitere bürokratische Belastung verhindern.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.4 wird einstimmig angenommen.

5.5 (Nieder-)Österreich - Energie- und Zukunftsreich

Vizepräsident KommR Thomas Salzer, KommR DI Helmut Schwarzl, KommR Hon. Kons. Veit Schmid-Schmidsfelden

Die Antragsteller selbst bringen einen Abänderungsantrag ein. In der Antragsbegründung wird in der Kernforderung, Punkt 2 „Vorrang für Erneuerbare Energie: ohne Hemmschuhe, ohne Auflagen, ohne Denkverbot“ der Unterpunkt 3 gestrichen und durch folgenden Unterpunkt 3 ersetzt:

3. *Innovationsfreiheit ohne Denkverbot: Eine technologieoffene Energie- und Forschungspolitik soll die pauschale politische Ausgrenzung von Technologien beenden und zusätzlich eigene Ressourcen zur Erhöhung des Energieangebotes mobilisieren. Österreich soll eine faktenbasierte Bewertung vornehmen, internationale Entwicklungen beobachten und eine sicherheitstechnische Analyse ohne ideologische Vorfestlegung ermöglichen. Auch Verbote für die Forschung sind aufzuheben.*

Es wird daher über den abgeänderten Antrag abgestimmt:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert an die Wirtschaftskammer Österreich und an die politischen Vertreter des Landes Niederösterreich mit dem Ersuchen heranzutreten, dringend Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten und zur langfristigen Absicherung der Energieversorgung zu setzen sowie offen alle Optionen zu diskutieren, um den Wirtschaftsstandort mit Energie und Zukunft zu beleben.

So soll als wichtiger Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Senkung der Energiekosten die Strompreiszonentrennung Österreich - Deutschland endlich aufgehoben werden.

Weiters sollen in Österreich offen und ohne Denkverbot alle Möglichkeiten der erneuerbaren Energie evaluiert werden, um zukünftig eine planbare Energieversorgung sicherzustellen. Auch wird die rasche Umsetzung der in der Regierungserklärung, in der Industriestrategie des Bundes und auch in einem Nationalratsbeschluss vom 23.04.2026 angekündigte Geothermiestrategie und die erforderlichen Gesetzesänderungen gefordert.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der abgeänderte Antrag 5.5 wird einstimmig angenommen.

5.6 Gesamtwirtschaft entlasten, Kreditvergabe sichern, Investitionen ermöglichen: Antrag auf Abschaffung des undifferenzierten Systemrisikopuffers für Gewerbeimmobilien KommR Mag. Reinhard KARL

SO KommR Mag. Reinhard KARL stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer NO möge im Wege der Bundeswirtschaftskammer an die Bundesregierung bzw. an die dafür zuständigen Behörden herantreten und anregen, die geplante stufenweise Erhöhung des sektoralen Systemrisikopuffers für Gewerbeimmobilienkredite abzulehnen und stattdessen auf eine differenzierte, risikoadäquate Ausgestaltung zu setzen.

Der Antrag zielt darauf ab, dass es gerade in wirtschaftlich fordernden Zeiten wichtig ist, die Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors zu erhalten, die Kreditversorgung der Realwirtschaft nicht weiter einzuschränken und prozyklische Belastungen, insbesondere des Bau- und Baunebengewerbes und somit des Wirtschaftsstandorts Österreich zu vermeiden.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der abgeänderte Antrag 5.6 wird einstimmig angenommen.

5.7 Entgelttransparenzrichtlinie: Unnötige Bürokratie verhindern, Unternehmen entlasten und Interessen wirksam vertreten DI Armin RAINER und Jürgen Margetich

Jürgen Margetich stellt den Antrag:

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich möge beschließen, das Präsidium der Wirtschaftskammer Niederösterreich aufzufordern, ihre gesetzliche Aufgabe als Interessenvertretung im Bereich der Entgelttransparenzrichtlinie wahrzunehmen und ihre Mitglieder mit verlässlichen Informationen und konkreten Umsetzungshilfen zu servizieren. Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen unverzüglich - jedenfalls vor dem 7. Juni 2026 - umzusetzen:

1. Klares Bekenntnis der Wirtschaftskammer Niederösterreich zur Lohntransparenz und zur Schließung des Gender Pay Gaps sowie aktives Einsetzen bei den zuständigen Stellen auf nationaler und europäischer Ebene für eine wirksame, gleichzeitig praxistaugliche und KMU-gerechte Erreichung dieser Ziele.

2. Verlässliche Information aller Mitglieder über Inhalt, Anwendungsbereich, Pflichten, Fristen, Schwellenwerte und Sanktionsrisiken der Richtlinie sowie über den jeweils aktuellen Stand des österreichischen Umsetzungsverfahrens.
3. Bereitstellung eines konkreten, KMU-tauglichen Servicepakets, bestehend aus übernehmbaren Muster-Gehaltsbandmodellen und Stellenbewertungsrastern für die wichtigsten Branchen, Musterformulierungen für Stellenausschreibungen, Auskunftsentworten und betriebliche Entgeltrichtlinien und einer schriftlichen Praxisleitlinie.
4. Klare und nachvollziehbare Positionierung der Wirtschaftskammer Niederösterreich im laufenden österreichischen Begutachtungs- und Gesetzgebungsverfahren mit dem Ziel einer KMU-gerechten Ausgestaltung - insbesondere mit folgenden Eckpunkten: (a) Safe Harbor für KMU bei Einhaltung definierter Mindeststandards; (b) Bereitstellung standardisierter Gehaltsmodelle als Übernahmeoption; (c) klare Compliance-Definition zur Vermeidung von Interpretationsspielräumen; (d) Bewertung des Gehaltssystems insgesamt statt Einzelfallprüfung; (e) vertiefte Pflichten ausschließlich bei nicht objektiv erklärbaren Abweichungen oberhalb der 5-Prozent-Schwelle und keine nationale Verschärfung über die Richtlinienvorgaben hinaus.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.7 wird mehrheitlich angenommen.

5.8 Keine Wertanpassung seit 2001: Auslandsreisekostensätze erhöhen

DI Armin RAINER und Jürgen Margetich

DI Armin RAINER stellt den Antrag:

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich möge beschließen, die verantwortlichen Stellen in der Bundesregierung und Verwaltung aufzufordern, die aktuell gültigen Auslandsreisekostensätze um 25 % anzuheben und für die Zukunft eine Regelung zu treffen, die eine automatische Wertanpassung dieser Sätze vorsieht, sobald der Verbraucherpreisindex (VPI) um 5 % im Vergleich zur jeweils letzten Erhöhung ansteigt.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.8 wird einstimmig angenommen.

5.9 Ergänzungsantrag

Vorausschauend handeln und neue Lohn-Preis-Spirale vermeiden

DI Armin RAINER und Jürgen Margetich

Es liegt ein Ergänzungsantrag der Delegierten Reinhard Langthaler, Ing. Michael Sommer und Gregor Milosavljevic vor. Es wird zuerst über den Hauptantrag der Delegierten DI Armin RAINER und Jürgen Margetich abgestimmt.

DI Armin RAINER stellt den Hauptantrag:

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich möge beschließen:

- die verantwortlichen Stellen in Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung auf Bundes- und Landesebene sowie in den Selbstverwaltungskörpern aufzufordern, die geplante Senkung der Lohnnebenkosten sicherzustellen;
- mit gutem Beispiel voranzugehen und (a) die der Wirtschaftskammer Niederösterreich zufließenden KUZ schrittweise bis auf Null abzusenken, (b) die verantwortlichen Stellen der Wirtschaftskammer Österreich aufzufordern, in ihrem Wirkungsbereich die KUZ

ebenso schrittweise bis auf Null zu reduzieren, (c) sowie an die verantwortlichen Stellen der Gesetzgebung und Bundesregierung heranzutreten, um eine Änderung des Wirtschaftskammergesetzes zu bewirken, sodass der den Wirtschaftskammern zufließende Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag (KU2) spätestens per 31.12.2029 ersatzlos gestrichen wird;

- das Präsidium der Wirtschaftskammer Niederösterreich zu beauftragen, mit den Entscheidungsträger:innen der Sozialpartner auf Arbeitnehmer*innenseite ebenso umgehend in Kontakt zu treten und Verständnis für eine wettbewerbsorientierte Lohnpolitik zu schaffen, um das Entstehen einer neuerlichen Lohn-Preis-Spirale zu vermeiden;
- die von der Wirtschaftskammer-Organisation (WKO) zu entsendenden Verantwortlichen für Kollektivvertragsverhandlungen zu einer eben solchen wettbewerbsorientierten Verhandlungslinie aufzufordern und ihnen gleichzeitig volle Unterstützung von Seiten der WKO angedeihen zu lassen.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Hauptantrag zur Abstimmung.

Der Hauptantrag zu 5.9 wird mehrheitlich abgelehnt.

Reinhard Langthaler stellt den Ergänzungsantrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass eine Entlastung des Faktors Arbeit nicht durch Zurückhaltung bei Löhnen und Gehältern, sondern durch eine massive, rasche und nachhaltige Senkung der Lohnnebenkosten erfolgen muss.

Ziel muss sein, Arbeit für Betriebe wieder leistbarer zu machen und gleichzeitig sicherzustellen, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern netto mehr von ihrer Leistung bleibt. Eine wirtschaftspolitisch sinnvolle Entlastung darf daher nicht bei den Beschäftigten ansetzen, sondern muss bei jenen Abgaben, Beiträgen und bürokratischen Kosten ansetzen, die Arbeit in Österreich im internationalen Vergleich überdurchschnittlich verteuern.

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert daher ergänzend:

1. Eine spürbare und raschere Senkung der Lohnnebenkosten.
Die bisher angekündigten Schritte reichen nicht aus. Die Senkung der Lohnnebenkosten muss deutlich ambitionierter, schneller und umfassender erfolgen.
2. Entlastung statt Lohndruck.
Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit dürfen nicht dazu führen, dass der Eindruck entsteht, bei den Mitarbeitern solle gespart werden. Leistung muss sich lohnen - für Unternehmer ebenso wie für Arbeitnehmer.
3. Mehr Netto vom Brutto ermöglichen.
Jede Entlastung des Faktors Arbeit muss so ausgestaltet sein, dass Betriebe bei den Arbeitskosten entlastet werden und gleichzeitig die Kaufkraft der Beschäftigten gestärkt wird.
4. Abgaben und Beiträge auf Arbeit strukturell senken.
Die Entlastung darf nicht aus Einmaleffekten bestehen, sondern muss dauerhaft wirken. Österreich braucht eine strukturelle Reform der lohnabhängigen Abgaben und Beiträge.
5. Wettbewerbsfähigkeit durch geringere Arbeitskosten stärken.
Gerade arbeitsintensive Betriebe, produzierende Unternehmen, Gewerbe, Handel, Tourismus und Dienstleistungen brauchen eine echte Entlastung, um Arbeitsplätze zu sichern, Investitionen zu ermöglichen und den Standort zu stärken.

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Ergänzungsantrag 5.9 zur Abstimmung.

Der Ergänzungsantrag 5.9 wird mehrheitlich abgelehnt.

5.10 Abänderungsantrag

Bürokratie radikal abbauen - Betriebe entfesseln, Standort stärken, Leistung ermöglichen
 Reinhard Langthaler, Ing. Michael Sommer, Mst. Oskar Kammerzelt

Der Delegierte Vizepräsident KommR Dr. Christian Moser stellt einen Abänderungsantrag. Es wird daher über den folgenden abgeänderten Antrag abgestimmt:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird ersucht, bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsparlaments ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Bürokratieabbau vorzulegen und auf allen politischen Ebenen aktiv einzufordern.

Dieses Maßnahmenpaket soll konkrete Schritte zur Beendigung von Gold Plating, zur Reduktion von Melde-, Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten, zur praxisgerechten Umsetzung europäischer Vorgaben, zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie zur Einführung von One-in-two-out, KMU-TÜV, Bürokratiekosten-Index, One-Stop-Shop und Only-Once-Prinzip enthalten.

Ziel ist eine spürbare und messbare Entlastung der niederösterreichischen Betriebe, mehr unternehmerische Freiheit, mehr Rechtssicherheit, schnellere Verfahren und eine deutliche Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich und Österreich.“

Der Abänderungsantrag zu 5.10 wird mehrheitlich angenommen.

5.11 Energiepreise drastisch senken - Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern!

Reinhard Langthaler, Hubert Pelikan, Mst. Oskar Kammerzelt

SO-Stv. Reinhard Langthaler stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird ersucht, umgehend an die Bundesregierung heranzutreten, um eine drastische Senkung der Energiepreise sicherzustellen. Dies umfasst insbesondere die Abschaffung der CO₂-Bepreisung, die Einführung eines wettbewerbsfähigen Gewerbediesels, die Reform des Strommarktmodells sowie die nachhaltige Reduktion aller energiebezogenen Steuern, Abgaben und Netzkosten. Ziel ist eine sofortige, spürbare und dauerhafte Entlastung der heimischen Wirtschaft.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.11 wird mehrheitlich angenommen.

5.12 Bauen wieder leistbar machen - Verfahren beschleunigen, Auflagen reduzieren, Investitionen ermöglichen

Reinhard Langthaler, Gregor Milosavljevic

Christoph Hofbauer stellt den Antrag:

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert eine umfassende Reform der baurechtlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel, das Bauen wieder leistbarer, schneller und investitionsfreundlicher zu machen. Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll

sich dafür auf Landes- und Bundesebene sowie innerhalb der Wirtschaftskammer Österreich mit Nachdruck einsetzen.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.12 wird einstimmig angenommen.

5.13 5-Punkte-Plan zur wirtschaftlichen Stärkung, rechtlichen Absicherung und Entlastung von Unternehmerinnen in Niederösterreich

August Lechner, Mag. Claudia Haider-Kasztler, Monika Hobek, BA

SO-Stv. August Lechner stellt den Antrag:

„Unternehmerinnen und wird beauftragt, im eigenen Wirkungsbereich Maßnahmen zu setzen sowie sich auf Landes- und Bundesebene für folgende Weiterentwicklungen einzusetzen:

1. Förderinitiativen und Finanzierungszugänge stärken
 - Bündelung bestehender Angebote
Weiterentwicklung und bessere Abstimmung bestehender Coaching-, Mentoring- und Beratungsangebote im Rahmen des WKO-Gründerservice sowie in Kooperation mit „Frau in der Wirtschaft“, um Gründerinnen zielgerichtet zu begleiten.
 - Verbesselter Zugang zu Finanzierung
Einsatz für ergänzende Programme (z. B. Haftungs- und Finanzierungsinstrumente), die den Zugang zu Investitionskapital erleichtern und im Einklang mit EU-beihilfenrechtlichen Vorgaben ausgestaltet sind.
2. Soziale Absicherung praxistauglich weiterentwickeln
 - Krankheitsabsicherung verbessern
Einsatz für eine praxistaugliche Weiterentwicklung der SVS-Krankengeldregelung, insbesondere mit dem Ziel, bei längeren Erkrankungen eine frühere Unterstützung zu ermöglichen.
 - Prävention stärken
Prüfung von Maßnahmen zur Entlastung bei präventivmedizinischen Leistungen, insbesondere für Geringverdienende, unter Wahrung der Finanzierbarkeit durch geeignete Ausgleichsmechanismen.
 - Pensionslücken reduzieren
Einsatz für Maßnahmen, die durch Kinderbetreuung oder Pflege entstehende Lücken in der Erwerbsbiografie besser berücksichtigen.
3. Entlastung bei Abgaben und Bürokratie
 - GWG-Grenze anpassen
Einsatz für eine Anhebung der GWG-Grenze zur Verbesserung der Liquidität und Vereinfachung der Investitionstätigkeit.
 - Arbeitsplatzpauschale modernisieren
Einsatz für eine Weiterentwicklung des Arbeitsplatzpauschales, um den realen Kostenstrukturen von Selbstständigen besser Rechnung zu tragen.
 - Planbarkeit bei SVS-Beiträgen verbessern
Prüfung von Maßnahmen zur Entlastung von Geringverdienenden bei gleichzeitiger Sicherstellung der langfristigen Pensionsansprüche.
4. Vereinbarkeit und unternehmerische Kontinuität sichern
 - Weiterentwicklung des Wochengeld-Modells
Einsatz für eine praxistaugliche Ausgestaltung des Wochengeldes für Selbstständige, sodass wirtschaftliche Tätigkeit und bestehende Kundenbeziehungen bestmöglich erhalten bleiben.

- Kinderbetreuungsgeld flexibilisieren
Einsatz für eine stärkere Berücksichtigung schwankender Einkommen bei selbstständiger Tätigkeit.
- Pensionssplitting weiterentwickeln
Prüfung von Modellen, die eine höhere Inanspruchnahme des Pensionssplittings ermöglichen, unter Wahrung der individuellen Entscheidungsfreiheit.
- Kinderbetreuung ausbauen Unterstützung eines bedarfsgerechten Ausbaus von Kinderbetreuungsangeboten.

5. Repräsentanz stärken

- Zielvorgaben für Gremien
Verankerung von Zielwerten für die Besetzung von Gremien und Führungsfunktionen dort, wo die Kammerorganisation direkten Einfluss hat.
- Freiwillige Ausgewogenheit bei Listen
Appell an alle wahlwerbenden Gruppen, eine ausgewogene Repräsentanz bei der Erstellung von Wahlvorschlägen anzustreben.
- Aufbau und Sichtbarkeit fördern
Ausbau von Mentoring- und Leadership-Programmen zur gezielten Förderung von Unternehmerinnen.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.13 wird mehrheitlich abgelehnt.

5.14 Maßnahmenpaket zur Stärkung der sozialen Absicherung und Liquidität von Unternehmer:innen in Niederösterreich

August Lechner, Mag. Claudia Haider-Kasztler, Monika Hobek, BA

August Lechner stellt den Antrag:

„1. Verbesserungen im Krankheitsfall

- 1.1 Frühere Unterstützung bei längeren Erkrankungen
Prüfung einer Vorverlegung der Unterstützungsleistung bei längerer Krankheit (z. B. ab dem 15. Tag), insbesondere für Unternehmer:innen ohne zusätzliche Absicherung.
- 1.2 Weiterentwicklung einkommensorientierter Leistungen
Evaluierung eines Modells, das eine stärkere Orientierung der Leistungen an der individuellen Beitragsgrundlage ermöglicht, unter Berücksichtigung der Systemstabilität.
- 1.3 Stärkung der Prävention
Ausweitung bestehender Programme zur Reduktion von Selbsthalten bei Vorsorge- und Präventionsleistungen, um frühzeitige medizinische Betreuung zu fördern.

2. Anpassung an moderne Arbeitsrealitäten

- 2.1 Rechtssicherheit im Home-Office
Schaffung klarer und praxistauglicher Regelungen für den Unfallversicherungsschutz von Selbständigen im häuslichen Arbeitsumfeld.
- 2.2 Evaluierung psychischer Belastungen
Prüfung, inwieweit berufsbedingte psychische Belastungen stärker im Rahmen bestehender Systeme berücksichtigt werden können.
- 2.3 Weiterentwicklung des Berufsschutzes
Evaluierung des bestehenden Berufsschutzsystems im GSVG im Hinblick auf aktuelle Erwerbsbiografien.

3. Liquiditätssicherung und Entlastung

- 3.1 Faire Verzugszinsen
Überprüfung der Verzugszinsregelungen im GSVG mit dem Ziel einer stärkeren Orientierung an den aktuellen Finanzierungskosten.

- 3.2 Verbesserte Planbarkeit bei Nachbemessungen
Prüfung von Maßnahmen zur Entschärfung von Liquiditätsbelastungen durch Nachzahlungen, insbesondere im Zusammenhang mit verzögerten Steuerbescheiden.
- 3.3 Serviceorientierter Zugang
Weiterentwicklung bestehender Informations- und Unterstützungsangebote der SVS nach dem Prinzip „Beraten vor Belasten“.

4. Unterstützung von Gründer:innen

- 4.1 Flexibilisierung der Arbeitslosenversicherung
Prüfung einer moderaten Verlängerung der Frist für den Eintritt in die freiwillige Arbeitslosenversicherung.
- 4.2 Information zu Pensionssplitting
Ausbau der Information und Beratung zum Pensionssplitting, insbesondere bei Familiengründung.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.14 wird mehrheitlich abgelehnt.

5.15 Digitale Souveränität stärken - Zugang zu digitalen Werkzeugen für EPU und KMU verbessern

August Lechner, Mag. Claudia Haider-Kasztler, Monika Hobek, BA

August Lechner stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird beauftragt, auf Bundesebene sowie im Rahmen der Wirtschaftskammerorganisation folgende Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln:

- 1. Zugang zu digitalen Werkzeugen verbessern
Prüfung ergänzender Unterstützungsmodelle. Prüfung, inwieweit bestehende Förderinstrumente um Modelle ergänzt werden können, die auch laufende Nutzungskosten digitaler Anwendungen in geeigneter Form berücksichtigen, unter Beachtung der geltenden beihilfenrechtlichen Rahmenbedingungen.
- 2. Nutzungsvorteile für Mitgliedsbetriebe schaffen
Prüfung von Rahmenvereinbarungen. Prüfung der Möglichkeit, durch transparente und wettbewerbskonforme Rahmenvereinbarungen oder Sammellösungen einen vergünstigten Zugang zu ausgewählten digitalen Anwendungen für Mitgliedsbetriebe zu ermöglichen.
- 3. Innovations- und Technologiestandort stärken
Förderung technologischer Vielfalt und Souveränität. Prüfung von Maßnahmen, die Anreize für die Nutzung europäischer und österreichischer digitaler Lösungen schaffen, unter Wahrung der technologischen Offenheit und der freien Anbieterwahl.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.15 wird mehrheitlich angenommen.

5.16 Faire Bedingungen für KMU bei öffentlichen Auftragsvergaben

Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Alfred Strohmayer, MSc, MBA

KommR Alfred Strohmayer, MSc, MBA stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich dafür einsetzen, dass öffentliche Auftragsvergaben in der Form gestaltet werden, dass

- kleine und mittlere Unternehmen dabei faire Bedingungen vorfinden und nicht gerechtfertigte Hindernisse für KMU beseitigt werden und
- im konkreten unverhältnismäßigen und für die Vergabe und Leistungserstellung nicht zwingend nötigen Vorgaben und Anforderungen bei öffentlichen Auftragsvergaben aller Ebenen, die kleine und mittlere Betriebe benachteiligen, ein Ende gesetzt wird.

Nicht nachvollziehbare und für die Erfüllung eines Auftrags sachlich nicht notwendige und nicht gerechtfertigte Auflagen und Forderungen nach Mindestumsätzen, Referenzen, Eignungs- und Kalkulationsnachweisen dürfen KMU den Zugang zu öffentlichen Aufträgen nicht erschweren.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.16 wird einstimmig angenommen.

5.17 Einfacher Zugang für Unternehmer:innen zur Unterstützungsleistung bei Krankheit Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Senator h.c. Manfred Rieger

KommR Martina Klengl stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich dafür einsetzen, dass

- eine deutlich flexiblere und patientenfreundlichere Regelung bei der Krankmeldung und Krankenstandsbestätigung für Selbstständige vorgenommen und die zweiwöchige Meldepflicht im Zusammenhang mit dem Bezug von Unterstützungsleistung (Krankengeld) für Selbstständige abgeschafft wird, sodass der Aufwand für die Meldepflicht und die Gefahr, dass bereits geringfügige Fristversäumnisse zu Verzögerungen bei der Auszahlung der Unterstützungsleistung führen, erheblich reduziert werden,
- die Meldepflicht für Selbstständige bei Arbeitsunfähigkeit der Regelung für Arbeitnehmer:innen angeglichen wird. Nach der Arbeitsunfähigkeitsmeldung durch den Arzt sollen die Unternehmer:innen bis zur ärztlichen Bestätigung der Arbeitsfähigkeit keine weitere Bestätigung der Arbeitsunfähigkeit erbringen müssen.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.17 wird einstimmig angenommen.

5.18 Stundungs- statt Insolvenzantrag: Standardisierter Modus für die Rückzahlung von Beitragsrückständen bei Sozialversicherungsanstalten (ÖGK, SVS) Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Martina Klengl

Vizepräsident KommR Thomas Schaden stellt den Antrag:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich dafür einsetzen, dass bei Beitragsrückständen oder Außenständen von Betrieben und speziell von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen seitens der Sozialversicherungsanstalten und öffentlicher Stellen vor Einbringung eines Insolvenzantrages ein standardisierter Modus mit dem Ziel einer Rückzahlung der Zahlungsrückstände in Abstimmung mit den betroffenen Betrieben geschaffen wird:

- Als erster Schritt soll eine Ratenzahlung initiiert bzw. eingeleitet werden. Diese sollte auf Antrag des Unternehmers oder der Unternehmerin eingerichtet werden. Erfolgt kein derartiger Antrag, sollen bei Zahlungsrückständen speziell Kleinst- und Kleinbetriebe von den Sozialversicherungsanstalten bzw. öffentlichen Stellen - vor einem weiterreichenden Rückforderungsschritt - in einer direkten Kontaktnahme proaktiv auf diese Möglichkeit einer Ratenzahlung hingewiesen werden.

- Sollte eine solche nicht wahrgenommen werden, nicht möglich sein oder nicht zum erforderlichen Ergebnis führen, soll erst danach in einem zweiten Schritt zunächst der Weg der Exekution beschritten werden. Damit haben Unternehmen immer noch selbst die Möglichkeit, Liquiditätsengpässe zu lösen. Auf diese Weise sollen vorzeitige Insolvenzanträge verhindert und überlebensfähigen Unternehmen der Weiterbestand ermöglicht werden.
- Insolvenzanträge sollen und können hier nur das letzte Mittel sein. Im Sinne der Wirtschaft und der Beschäftigung sollte deren Zahl reduziert werden.“

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag 5.18 wird mehrheitlich abgelehnt.

6. Wahl der fachkundigen Laienrichter nach dem Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (ASGG) für die Funktionsperiode 2027 - 2031

Beschluss:

Die in den Listen genannten Personen werden zu fachkundigen Laienrichtern nach dem ASGG für die Funktionsperiode von 1.1.2027 bis 31.12.2031 gewählt.

Präsident KommR Wolfgang Ecker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig beschlossen

7. Bericht über Gebarungsprüfung

Herr Mag. Baumann berichtet:

Die Wirtschaftskammer und ihre Fachorganisationen unterliegen einer jährlichen internen Gebarungsprüfung durch den bei der Wirtschaftskammer Österreich eingerichteten Kontrollausschuss. Über das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Wirtschaftsparlament zu berichten. Das aktuelle Prüffahr ist immer das vorvergangene Jahr.

Für das Prüffahr 2023 habe ich schon mal berichtet, da wurde uns bestätigt, dass wir die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit eingehalten haben. Für das Prüffahr 2024 ist davon auszugehen, dass uns diese Bestätigung auch erteilt wird. Die Prüfung hat schon stattgefunden heuer, nur der Bestätigungsvermerk liegt noch nicht vor, weil der Kontrollausschuss erst in ein paar Wochen seine Sitzung hat, wo darüber zu beschließen ist. Also werden wir erst beim nächsten Wirtschaftsparlament das endgültig berichten können.

8. Allfälliges

Herr Präsident KommR Wolfgang Ecker bedankt sich für die rege Diskussion und schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Präsident KommR Wolfgang Ecker eh